

Was Hans Eichel nicht versteht

Der Wirtschaftsforscher und Staatssekretär unter Lafontaine, Heiner Flassbeck, über die vergessene Seite des Sparpakets, die Ökonomie

(Artikel, erschienen in der Süddeutschen Zeitung vom 1.10.1999)

Über soziale Gerechtigkeit reden alle. Vor allem die Linke in der SPD klagt über eine zu einseitige Verteilung der Lasten im Sparpaket. Zur Finanzierung der „forcierten Steuersenkungen,“ (so Eichel im SPIEGEL) und des Schuldenabbaus in den nächsten Jahren würden in erster Linie die Arbeitslosen und die Rentner zur Kasse gebeten. Über die ökonomische Logik von Steuersenkungen und Schuldenabbau spricht kaum jemand. Hier aber liegt der springende Punkt. Wenn über forcierte Steuersenkungen bei gleichzeitigem Abbau der staatlichen Schulden die Investitionstätigkeit angeregt und Arbeitsplätze geschaffen würden, könnte man die Verteilungsdiskussion getrost hintanstellen. Denn nichts trägt zur Verteilungsgerechtigkeit mehr bei als mehr Arbeitsplätze.

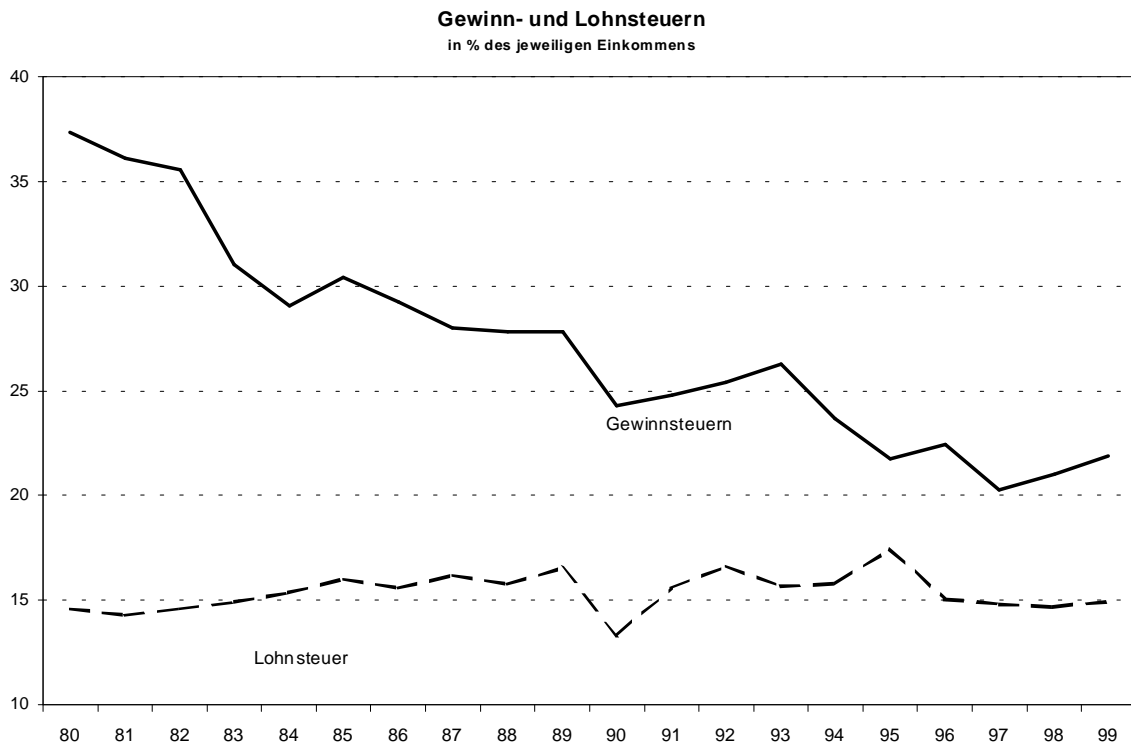
Wie aber schafft man mehr Arbeitsplätze mit weniger staatlichen Ausgaben? Betrachten wir ein einfaches Beispiel: Der Staat vergibt weniger Aufträge an Baufirmen, um zu sparen. Das vermindert unmittelbar die Erträge der Baufirmen und damit deren Bereitschaft, mehr Arbeitskräfte einzustellen. Spart der Staat bei den Sozialausgaben, schränken die davon abhängigen Haushalte ihre Ausgaben für Produkte ein, die von Unternehmen hergestellt werden. Wiederum sinken die Erträge der Unternehmen in der Gesamtwirtschaft. Nun baut der Staat aber gleichzeitig die Steuerlast für die Unternehmen ab, wird man einwenden. Das wirkt in der Tat dem ertragsmindernden Sparen entgegen. Über den Gesamteffekt für die Gewinne entscheidet aber immer der Saldo der staatlichen Einnahmen und Ausgaben, das öffentliche Defizit. Die Unternehmen erhalten in einer Marktwirtschaft das Resteinkommen, das Ergebnis aller wirtschaftlichen Aktivitäten. Jede Ausgabenkürzung schlägt auf sie durch. Auch die größte Steuersenkung kann den negativen Effekt von Ausgabenkürzungen nicht ausgleichen, wenn das staatliche Defizit insgesamt sinkt. Das, was Hans Eichel vorhat, vermindert in jedem Fall die Gewinne der Unternehmen.

Dieser Zusammenhang beschreibt ein ehernes Gesetz der Ökonomie: Die Gewinne der Unternehmen können immer nur steigen, wenn mindestens ein Sektor der Volkswirtschaft – einschließlich der Unternehmen selbst – seine Verschuldung erhöht oder sein Geldvermögen, seine Ersparnis, verringert. Das muß und darf nicht immer der Staat sein. Das Beispiel der USA im Herbst vergangenen Jahres zeigt, daß es auch anders geht. Obwohl auch dort im Gefolge der Asienkrise die Exportwirtschaft lahmte, also das Ausland sich weniger verschuldete, stiegen die Gewinne der Unternehmen und deren Investitionen weiter, weil zur gleichen Zeit die privaten Haushalte die gesamten Ersparnisse plünderten und noch mehr als vorher konsumierten. Auch die hierzulande ob ihrer „Sparerfolge,“ im öffentlichen Sektor gefeierten Schweden und Niederländer haben inzwischen eine Sparquote der privaten Haushalte von etwa 1 %, im Vergleich zu 11 % bei uns. Wenn es also Hans Eichel gelingt, auch die deutschen Privathaushalte zu einem

Abbau ihrer Ersparnisse zu bewegen, kann er mit Erfolg - am Arbeitsmarkt und bei den Investitionen- seinen Sparhaushalt in die Tat umsetzen. Die Hoffnung darauf stünde allerdings in seltsamem Kontrast zu der von der Regierung gleichzeitig verbreiteten Hoffnung, im Hinblick auf die Rentenproblematik ließe sich mehr private Altersvorsorge, also mehr privates Sparen induzieren.

Was Hans Eichel nicht versteht: Die Steuersenkung für die Unternehmen kann nicht den gewünschten Erfolg am Arbeitsmarkt bringen, wenn sie verbunden ist mit einem Abbau öffentlicher Defizite. Man kann, wie Reagan in den 80er Jahren, massive Steuersenkungen über höhere staatliche Defizite finanzieren und enorme positive Effekte für die Gewinne der Unternehmen und den Arbeitsmarkt produzieren. Man kann aber nicht beides haben, Solidität im Sinne von Sparen und eine Anregung für die Investitionen. Gerade die Kohlschen Versuche in den vergangenen 16 Jahren, Reagan zu imitieren, belegen das. Die Steuern für die Unternehmen wurden seit Anfang der 80er Jahre massiv gesenkt. Die Gesamtbelastung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mit Steuern sank von gut 35 % auf heute etwa 22 %, während die der Lohnneinkommen mit 15 % in der gesamten Zeit unverändert blieb (Abbildung). Dabei wurde das nach Meinung der Lobbyisten wichtigste Investitionshemmnis, die „Substanzsteuern,, also die ertragsunabhängigen Steuern wie Vermögens- und der Gewerbesteuer vollständig beseitigt. Der „Erfolg,, in den 90er Jahren war, daß nach dem Abklingen der positiven, aber natürlich defizitfinanzierten Vereinigungseffekte, die Investitionen sich so schwach entwickelten wie nie zuvor.

Das zeigt wiederum den einfachen, aber zentralen Zusammenhang: Die Unternehmen entscheiden über Investitionen mit Blick auf das Gesamtergebnis ihrer Geschäfte, nicht



aber mit Blick auf Einzelaspekte wie die derzeitige oder gar die erwartete Steuerbelastung. Folglich ist im Sparpaket den - für die SPD im besonderen- so schwer erträglichen

Verteilungseffekten nichts an positiven Wachstums- und Arbeitsplatzeffekten gegenüberzustellen. Alles ist auf die vage Hoffnung gebaut, diesmal werde die Steuersenkung trotz negativer akuter Gewinneffekte die Investitionstätigkeit unmittelbar anregen, die Unternehmen also veranlassen, ihre Verschuldung auszuweiten.

Auch die Chancen für eine Anregung der Investitionen durch andere Sektoren sind nicht gut. Das Ausland außerhalb Europas und einschließlich der USA versucht, seine Außenhandelsposition zu verbessern und könnte auf eine neue deutsche Exportoffensive nur mit Abwertung reagieren. Innerhalb Europas gibt es eine kleine Chance, denen Marktanteile abzunehmen, die in den vergangenen Jahren hohe Leistungsbilanzüberschüsse aufgebaut und auch damit ihre öffentlichen Haushalte konsolidiert haben. Dazu zählen vor allem die Niederlande, Finnland, Schweden und Irland. Um merkliche Wirkungen zu entfalten, sind die dort erzielbaren Beiträge aber zu klein. Im Inland sind die privaten Haushalte mit ihrer hohen Sparquote bisher ein uneinnehmbares Bollwerk geblieben. Niemand kann im Ernst erwarten, daß sich das über Nacht ändert und wollen kann man es auch schwerlich.

Bleibt nur die Geldpolitik. Sie kann bei unveränderten Gewinnen das Investitionskalkül über niedrigere Finanzierungskosten entlasten. Der Tatsache, daß sie das -trotz oder wegen- politischen Drucks im vergangenen Frühjahr getan hat, wird inzwischen allgemein zugeschrieben, daß es eine leichte Aufwärtsbewegung in Europa gibt. Für die Zukunft dürfte das alleine nicht tragen, steigen doch im Gefolge der restriktiveren amerikanischen Geldpolitik die langfristigen Zinsen weltweit und signalisiert die Europäische Zentralbank bereits das Ende der Zinssenkungsphase. Die Gefahr ist groß, daß, wie schon 1994/1995, Europa zu Beginn des neuen Jahrhunderts in das Fahrwasser amerikanischer Restriktion oder unter die Räder eines sinkenden Dollarkurses gerät, ohne selbst handlungsfähig zu sein, weil weder Geld- noch Finanzpolitik ihre makroökonomische Aufgabe verstanden und akzeptiert haben.